

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis: vierteljährlich 2,40 M.
Außerdem Bestellgeld.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile oder deren Raum 25 Hg., Restame-
nte 1.00 M. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 257.

Bielefeld-Bethel, Sonntag, den 2. November 1919.

Jahrgang 1.

Das Wort sie sollen lassen stahn
Und kein' Dank dazu haben;
Er ist bei uns wohl auf dem Plan
Mit seinem Geist und Gaben.
Nehmen sie uns den Leib,
Gut, Ehr', Kind und Weib,
Laß fahren dahin
Sie haben's kein Gewinn;
Das Reich muß uns doch bleiben!

D. Martin Luther.

Reformation.

„Ich schäme mich des Evangeliums von Christus nicht, denn es ist eine Kraft Gottes zu retten alle, die daran glauben.“ In diesen Worten drückt sich der Geist der Reformation mit besonderer Schärfe aus. Luther sah seine eigene Verlorenheit, die Verlorenheit seines Volkes, die Verlorenheit der ganzen Kirche. Er sah aber auch die Rettung. Er sah sie in einer Kraft, die den Einzelnen und das Ganze von Grund auf umzugestalten und zu erneuern vermochte. Diese Kraft aber fand er im Evangelium von Christus und nur in ihm, in der frohen Botschaft von der Gnade Gottes in Jesus. Und weil er sie da fand, darum schämte er sich dieses Evangeliums nicht, sondern bekannte es frei gegen Papst und Schwärmer, gegen Kaiser und Bauern.

Auch wir sehen heute unsere Verlorenheit unserer Kirche und ringsum keine Rettung. Weder die demokratische Republik noch der marxistische Sozialismus hat sie gebracht, auch nicht die römische Kirche. Immer schneller geht es dem völligen Bankrott entgegen, dem finanziellen, dem wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen, auch dem kirchlichen. Nur eine Kraft innerer Erneuerung und zwar eine Erneuerung von Grund aus, vermag in letzter Stunde noch die Rettung zu bringen. Darüber ist man sich einig von Ludendorff bis Haenisch. Aber wo dieser Kraft finden?

Da heißt es jetzt: Christen an die Front, evangelische Christen. Ihr wißt, wo diese Kraft entspringt, die aus ewigkeitslangen sozialen Menschen schafft, ohne die es keinen Neuaufbau gibt. Diese Kraft liegt heute wie damals im Evangelium. Nicht in irgend einem Evangelium, sondern im Evangelium von Christo: nicht einem Phantasie-Christus, sondern dem wirklichen Jesus von Nazareth, dem Gekreuzigten und Auferstandenen. Die frohe Botschaft, daß der Sohn Gottes für uns lebte und litt, starb und erstand, daß er über uns richtet und herrscht, und daß er mitten im Gericht uns die Gnade anbietet. Diese frohe Botschaft allein richtet zerbrochene, verzweifelte, an sich selbst Verzweifelte, unter ihrer Schuld Zusammengebrochene wieder auf.

Aber dieses Evangelium erfährt nur der als rettende Kraft, der bereit ist, selbst zu sterben, damit Gott in ihm lebe und war Gott in Jesus. Wer sich gegen dieses „Stirb und Werde“ sträubt, der stirbt, und wer sich ihm fügt, der wird. Das gilt vom Einzelnen, das gilt auch vom Ganzen. Auch unter Volk, auch unsere Kirche muß durch diese enge Pforte, anders gibt es für sie keinen Weg der Rettung.

Gewiß träumen wir nicht davon, daß unser ganzes Volk wirklich diesen Weg gehe, aber von der evangelischen Christenheit erhoffen und erheischen wir es, und zwar als Botschafter Gottes. Je mehr solche Geretteten unter uns sind, desto mehr Retter, desto mehr Hoffnung auf die Rettung des ganzen Volkes, und zwar eine Rettung von innen heraus.

Retter aber kann nur der sein, der sich nicht mehr scheut noch schämt des Evangeliums von Christus, der gegenüber römischer Verdunkelung, jüdischer Bekämpfung, heidnischer Verhöhnung das Wort vom Kreuz verkündet, die frohe Botschaft vom Gekreuzigten verkündet, um auch römische, auch Juden, auch moderne Heiden dafür zu gewinnen und dadurch zu retten.

Soweit werden viele zustimmen. Aber wenn wir weiter gehen und sagen: um des Evangeliums willen muß die bisherige Kirchenform zerbrechen, um des Evangeliums willen muß die bisherige Staatsform zugrunde gehen, um des Evangeliums willen muß Gesellschafts- und Wirtschaftsform umgewandelt werden, darüber werden viele stuhig, und

wenn wir dann weiter uns nicht scheuen zu bekennen: „um des Evangeliums willen muß das ganze Volk Buße tun, die Rechte ebenso wie die Linke, die Deutsch-nationalen nicht minder als die Sozialdemokraten; das Anklagen des anderen muß aufhören, die Selbstanklage muß beginnen, die Selbst-einkehr, die Selbstumkehr.“ — Wenn wir so reden, da gehen manche geärgert davon, andere lächeln. Aber das Evangelium ist immer den einen ein Ärgernis gewesen und den andern eine Torheit.

Zwei Lösungsworte hat Jesus in die Welt hineingeschleudert: das Reich Gottes, und das ewige Leben. Seitdem ringt der einzelne nach dem ewigen Leben, kämpft die Gesamtheit um das Reich Gottes. Das ewige Leben zu erwerben, hat die Reformation den Weg gewiesen. Das Reich Gottes zu erbauen, ist die Aufgabe der gegenwärtigen Stunde. Wir übersehen nicht den ganzen Weg bis zu seiner Vollendung, aber über den nächsten Schritt gibt uns der Geist Gottes Klarheit. Er erleuchtet den Weg durch den furchtbaren Feuerbrand des Weltkrieges und der Weltrevolution, und dieser Weg heißt: Sozialismus, aber der christliche Sozialismus. Sozialismus des sozialen Menschen, d. h.: des Menschen, der seinen Nächsten wirklich liebt wie sich selbst und der das vermag, weil er Gott liebt, des Menschen, der Gott liebt, weil er von der Liebe Gottes in Christus überwältigt und durchdrungen ist. Denn nur der vermag die tiefste Nächstenliebe zu üben, der an die höchste Gottesliebe glaubt.

D. Jaeger.

Die politische Lage.

Vortrag von D. Jaeger.

II.

In unseren Gegenvorschlägen zu Versailles haben wir nun, wie in unserer ganzen Politik vor und während des Krieges, uns vor den Wagen der vatikanischen Staatskunst gespannt. Denn Deutschland hatte betreffs des neuen Völkerbundes einen hauptsächlichsten Wunsch, und zwar den, daß der Papst aufgenommen würde. Dieses Verfahren hat bei unseren Gegnern, bei unseren angelsächsischen Gegnern — ich sage ausdrücklich bei ihnen, nicht bei den Franzosen — das allergrößte Mißtrauen hervorgerufen, denn in der ganzen Welt wird zwischen der angelsächsischen und der vatikanischen Staatskunst ein heißer, zäher und sehr verborgener Kampf geführt. Was die vatikanische Staatskunst will, das enthüllt sie von Tag zu Tag deutlicher. Die Hohenzollern sind durch die Revolution beseitigt. Sie sollen jetzt durch das Schiedsgericht über den Kaiser endgültig erledigt werden. Dann ist die Pahn frei für ein katholisches geordnetes Deutschland, dann ist die Bahn frei für den Mitteleuropäischen Bund mit Polen, mit einem irgendein rekonstruierten Österreich, woran man jetzt schon eifrig arbeitet, mit einem klerikalen Belgien und mit dem in den Schöb der Kirche zurückkehrenden Frankreich. Gleichzeitig ist es der vatikanischen Diplomatie gelungen, Südamerika in immer stärkerem Maße zusammenzuziehen. Vor dem Kriege dankte die argentinische Regierung dem Kardinal-Staatssekretär dafür, daß er es fertig gebracht, die bisher einander auf das blutigste bekämpfenden Staaten Argentinien, Brasilien und Chile, die sog. A. B. C. Staaten, zu einem Bunde zu vereinigen. Der sollte der Kern sein, um den sich dann das ganze spanische und portugiesische Südamerika ankräftigen sollte gegenüber dem protestantischen Nordamerika. Es ist den Vereinigten Staaten gelungen, während des Krieges diesen Bund zu sprengen und Brasilien und damit alle Staaten des Amazonasgebietes, sowie fast alle Staaten von Mittelamerika gegen uns in den Krieg hineinzutreiben. Die vatikanische Politik hat aber ihre Hoffnungen, in Europa und Amerika zusammenhängende katholische Bünde aufzurichten, als die Anfänge eines katholischen Völkerbundes, durchaus nicht aufgegeben. Ja der „Observatore Romano“ hat neulich darauf hingewiesen, welchen Erfolg die vatikanische Staatskunst in allerletzter Zeit noch aufzuweisen hat.

So stehen wir nun in der Mitte zwischen zwei Bünden, und es ist die große Frage, die wir uns vorlegen müssen: wenn wir zu wählen haben zwischen dem angelsächsischen Völkerbund und dem päpstlich-französischen Völkerbund, wenn

wollen wir uns anschließen? Da geht nun der Riß — das können wir uns gar nicht verhehlen — mitten durch unser eigenes Volk hindurch. Die katholischen Kreise unseres Volkes werden ohne jedes Bedenken erklären: selbstverständlich den päpstlichen Völkerbund. Die evangelischen Kreise unseres Volkes werden nicht ebenso selbstverständlich erklären: den angelsächsischen Völkerbund, vielmehr lassen sich weite Kreise unseres Volkes auch auf der evangelischen Seite, auch innerhalb der deutsch-nationalen Partei für den päpstlichen Gedanken gewinnen. Wenn wir wählen müssen, müssen wir dann — so bitter in vieler Beziehung für alle deutsch-nationalen Männer und Frauen das augenblicklich auch ist — nicht uns doch für den angelsächsischen Bund als das geringere Übel erklären? Ein Mann, dessen deutsche Gesinnung wohl über jedem Zweifel steht, der General Ludendorff, hat einem amerikanischen Korrespondenten gegenüber gesagt: „Ich sehe jetzt als deutscher Realpolitiker keine andere Möglichkeit, als den Anschluß an Amerika.“ Es hilft uns gar nichts, uns eine Politik auszudenken, die wir machen möchten, sondern es handelt sich darum, welche Politik wir machen können. Wir können uns gar nicht verhehlen, daß dadurch ein Zwiespalt in unser eigenes Volk auch außenpolitisch hineingetragen wird, und daß es ganz einfach darauf ankommt, welcher Teil hier die Führung bekommt, ob der katholische Teil oder der evangelische. Früher glaubten wir, es sei ganz selbstverständlich, daß der evangelische Teil die Führung habe. Heutigen Tages wird es eben niemand mehr für selbstverständlich halten, sondern ich glaube, wir sagen kein Geheimnis, wenn wir behaupten, das Ministerium, das wir haben, ist im tiefsten Grunde ein Ministerium Erzberger.

Der Eintritt in den angelsächsischen Völkerbund braucht nicht zu bedeuten, die Unterwerfung unter den jüdischen Völkerbund, aber er kann sie bedeuten. Das hängt davon ab, wie stark die christlich-evangelische Reaktion gerade auf geistigem Gebiete gegenüber der Herrschaft des Judentums sein wird. Sie ist augenblicklich in den angelsächsischen Ländern zweifellos viel größer, als bei uns. Mit heimlichem Reibe habe ich das manchmal angesehen und den Wunsch gehabt, daß die christlich-evangelische Selbstständigkeit gegenüber dem jüdischen Geiste größer würde.

Von sozialdemokratischer Seite wird nun gesagt: Ihr irrt, wenn ihr dieses Entweder-Oder aufstellt; das ist gar nicht an dem; weder päpstlicher Völkerbund, noch angelsächsischer, sondern sozialdemokratischer! Man hat gesagt, die Rettung kommt von Moskau. Und das haben nicht nur unsere Kommunisten gesagt, und nicht nur unsere Unabhängigen, sondern das haben sehr verständige Männer auch in anderen Parteien gesagt. Man hat in der demokratischen Partei den Gedanken erörtert; es hat sogar deutsch-nationalen Männer gegeben, welche in der Verzweiflung dazu griffen, welche der Entente mit dem Völkchismus drohten. Nun ist ja der Völkchismus deutschen Ursprungs. Wir haben den Völkchismus aus Russland eingepfropft. In unseren Gefangenenlagern sind die russischen Gefangenen damit planmäßig durchtränkt worden. Wir haben bolschewistische Literatur über den russischen Linien ausgestreut. Wir haben Lenin und Trotski nach Kopenhagen geschifft. Wenn nun der Völkchismus zur Macht kommt, können wir nicht sagen, daß wir daran unschuldig wären. Aber es ist die Frage, wollen wir wirklich von hier die Rettung erhoffen, von einer Bewegung, die bisher groß war im Zerstören und sehr klein im Aufbauen. Können wir evangelischen Christen davon die Zukunft erwarten, von einer Bewegung, die an antichristlicher Feindschaft von keiner anderen überboten worden ist? — Von sozialdemokratischer Seite wird demgegenüber gesagt: Nein, ihr irrt. Wir meinen natürlich nicht die sozialdemokratische Lösung auf der radikalen Basis vom Kommunismus, vom Spartakismus und vom Völkchismus, wir meinen umgekehrt die Lösung durch das gebildete Proletariat Deutschlands, Frankreichs, Englands und Amerikas. Wir setzen unsere Hoffnungen auf die Konferenz in Washington. Bisher haben alle diese Hoffnungen uns bitter betrogen, denn es hat sich bisher immer gezeigt, daß nur der Deutsche wirklich international war, hingegen bei allen Arbeiterbewegungen im entscheidenden Augenblick der nationale Gedanke übermog.

Das ist unsere schwierige Lage. Wenn wir wirklich uns nun entschließen könnten, diese Politik des angelsächsischen

Mißerfunden mit Konsequenz zu verfolgen, so hat das noch einige andere Bedingungen. Wir müssen uns bereitfinden, den Frieden, so hart er ist, wo er jetzt unterzeichnet ist, anzunehmen, und nach Möglichkeit zu erfüllen. Nur dann können wir eine Änderung desselben erreichen. Es darf das Mißtrauen in das deutsche gegebene Wort nicht wieder aufkommen, sonst sind wir rettungslos isoliert, denn das Mißtrauen gegen uns in allen außerdeutschen Ländern ist abgrundtief und wird durch eine unklare und widerspruchsvolle Haltung nur noch tiefer. Auf der anderen Seite aber ist es ebenso nötig, daß wir unsere Würde wahren, und daß wir nicht etwa uns immerfort entschuldigen oder beschuldigen. Wir tun, als ob kein Engel so rein wäre, wie wir, und dann wieder bemerken wir uns selber mit Schmutz. Das macht beides im Auslande gar keinen Eindruck, höchstens einen verächtlichen. Wir können nur einen Weg gehen, der im Auslande Aussicht hat auf Erfolg, und das ist der, ein wirklich neutrales Gericht anzurufen und zu erklären, wir sind bereit, uns vor ein wirklich neutrales Gericht zu stellen, wenn die Gegner dazu auch bereit sind. Wir sind bereit, vor allem unsere Archive bis auf die letzten Akten zu öffnen, wenn sie das selbe tun. Das ist das einzige, was Erfolg hat. Die Publikation über die armenischen Vorgänge von Herrn Dr. Lepsius aus den Akten des auswärtigen Amtes haben durchschlagend gewirkt im Auslande. Herr Dr. Lepsius sagte: Will man wieder Verstecken spielen, dann übernehme ich die Herausgabe nicht, nur dann, wenn man restlos die Akten auf den Tisch legt und sagt: meine Herren, wir haben ein gutes Gewissen.

(Fortsetzung folgt.)

Argentinische Offiziere über das deutsche Heer.

Im Deutschen Club in Buenos Aires fand vor einiger Zeit ein Festessen zu Ehren des argentinischen Oberstleutnant Emilio Kinkelin statt, der, in Deutschland vom Ausbruch des Krieges überrascht, die deutschen Heere auf ihren Feldzügen in West und Ost, in Italien und auf dem Balkan begleitete und über das Erlebte für die "Nacion", eine der größten südamerikanischen Zeitungen, klassische Kriegsbilder schrieb. An dem Essen nahmen 190 Personen, in der überwiegenden Mehrzahl Offiziere des argentinischen Heeres und der argentinischen Flotte teil. In seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede führte Herr Kinkelin aus: „Deutschland ist besiegt worden. Ich verbeuge mich achtsam vor seiner ruhmreichen Niederlage; denn Deutschland ist entkräftet auf seine Knie gesunken, bis zum letzten Augenblick hat es aber sein scharfes Schwert geschwungen, und seine Stürme sind gewunden von der Last der zahllosen Vorbeerbänge. Ich sage es frei und offen heraus und autorisiere jeden, diese meine ehrenwörtliche Erklärung zu verwenden, daß ich niemals Augenzeuge einer der berichteten Grausamkeiten gewesen bin und niemals eine direkte oder indirekte Anklage gegen das Vorgehen eurer Truppen vernommen habe. Niemals, ich wiederhole es, habe ich von abgehakten Händen, Vergewaltigungen, Frauen- und Kindermorden, Brunnenvergiftungen u. a. m. gehört oder gesehen. Der Krieg ist zu Ende. Die Morgenröte der Wahrheit beginnt am geistigen Horizont der Menschheit emporzudämmern. Deutschland, das verurteilte Deutschland, weil es stark und mächtig war, nimmt langsam wieder seinen Friedensweg auf. Bedeckt mit brennenden Wunden, die ihm die bewußte Verleumdung schlug, voll Trauer über die Verleumdungen, die ihm Unwissenheit und Mißgeleitete ins Antlitz schlugen, richtet sich Deutschland doch trübsalig empor, stolz auf die Kraft und das Wissen seiner Söhne, um den Platz zu erringen, nach dem es strebt: Frieden, im Olymp des Wissens. Ihnen, den Mitgliedern der deutschen Kolonie,

rufe ich zu: Seid guten Mutes! Stählt eure Arme, stützt mit euren Schultern das Vaterland, schärft eure Intelligenz, strengt alle eure Kräfte an, um dem Vaterland den dornenvollen Weg, den ihm das Schicksal beschieden hat, zu ebnet! Der Redner brachte ein kräftiges Glas auf Deutschland aus, in das einzustimmen er seine anwesenden Kameraden vom argentinischen Heer und der Marine aufforderte. Im weiteren Verlauf des Abends sprach noch General Urburu. Er begrüßte Oberstleutnant Kinkelin im Namen der Kameraden des argentinischen Heeres als Offizier, der in vier Jahren auf allen Fronten das deutsche Heer kennen zu lernen Gelegenheit gehabt habe, und hob sein richtiges, der Wahrheitsliebe entsprungenes Urteil hervor. Er selbst habe von Anfang an den Sieg der deutschen Waffen geglaubt und seine Meinung auch stets frei und offen ausgesprochen. Durch die Übermacht, durch den Hunger sei Deutschland besiegt worden. Das sei aber kein Grund zum Mißtrauen. Die Deutschen mühten die Köpfe hochhalten, der Zukunft und ihrem Stern trauen. Ein Volk, das solche Heldentaten vollbracht habe, wie das deutsche, könne nicht untergehen.

Bethmann-Hollwegs Vernehmung.

Der frühere Reichskanzler über Wilsons Friedensaktion. Die Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Friedensmöglichkeiten wurden am Freitag fortgesetzt. Die Vernehmung des früheren Vizekanzlers in Washington, Grafen Bernstorff, ist gestern beendet worden. Jetzt ist der frühere Reichskanzler, Herr von Bethmann-Hollweg an der Reihe. Die Vernehmung geht im Sitzungssaal des Hauptauschusses im Reichstagsgebäude vor sich. Unser Herr v. Bethmann-Hollweg, der in Begleitung des seinerzeitigen Chefs der Reichskanzlei Unterstaatssekretärs Wahnschaffe erschienen ist, sieht man den früheren Stellvertreter des Reichskanzlers Dr. Helfferich, den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Herrn Zimmermann, auch den früheren Staatssekretär des Reichsmarineamtes Admiral von Cyperle, in dessen Unterdienste die Erklärung des verhängnisvollen II-Vost-Krieges fällt. Am Tisch der Sachverständigen taucht als neue Persönlichkeit der frühere Gesandte in Herr Herr von Romberg, auf. Generalmarschall von Hindenburg und General Ludendorff, deren Erscheinen mehrfach angekündigt war, sind nicht anwesend.

Die Fragen an Bethmann.

Reichskanzler von Bethmann-Hollweg wird auf folgende Fragen antworten:

1. Aus welchen Gründen ist das Friedensangebot am 12. Dezember 1918 durch die Zentralmächte eriolat, trotzdem eine Friedensaktion Wilsons, durch Deutschland angeregt und bis insletzte Ende Dezember in sichere Aussicht gestellt war?
2. Aus welchen Gründen sind Wilsons die konkreten Friedensbedingungen nicht mitgeteilt worden, und zwar:
a) nicht öffentlich auf seine Note vom 21. Dezember 1918;
b) nicht vertraulich, trotz des Eintrags des Obersten Hofes und des Staatssekretärs, Lansing?
3. Aus welchen Gründen hat die politische Reichsleitung die von ihr angeregte Friedensaktion Wilsons nicht weiter betrieben und statt ihrer ihre Zustimmung zur Führung des rücksichtslosen II-Vost-Krieges gegeben, denn sie wußte, daß er zum Kriege mit Amerika führen würde?

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden Abg. Warmuth (Dnall.) leistet v. Bethmann-Hollweg den Eid in der religiösen Form in der gleichen Form, wie ihn Graf Bernstorff vor der ersten Sitzung geleistet hat. Sodann nimmt der frühere Reichskanzler das Wort zu einer zusammenfassenden Darstellung der Ereignisse, soweit sie sich auf die Wilsonsche Friedensaktion beziehen. Zunächst faßt der

zeuge die Tatsachen zusammen, die in den bisherigen Sitzungen des Ausschusses festgestellt, nicht bestritten und auch von ihm als richtig anerkannt werden.

Mit dem Beginn der zweiten Periode habe von uns eine Aktion mit dem Ziel eingesetzt, daß Präsident Wilson einen Friedensappell an die kriegsführenden Mächte richten möchte. Unser Wunsch ging dahin, daß Präsident Wilson die Alliierten an den Verhandlungstisch bringen sollte.

Gelang dies, dann sollten die unmittelbaren Fragen zwischen den Kriegführenden allein ohne die Teilnahme Wilsons geregelt werden. Erst in einer anschließenden Konferenz sollten unter der Teilnahme des Präsidenten der Vereinigten Staaten die allgemeinen internationalen Fragen erörtert werden. Hiermit war Wilson einverstanden, eine andere Tätigkeit war er für sich gar nicht beansprucht. Zum Unterschied von der Friedensvermittlung in der gewöhnlichen Bedeutung bezeichnet v. Bethmann-Hollweg die Tätigkeit Wilsons als Friedensaktion.

„Sind die tatsächlichen Vorgänge,“ so fährt v. Bethmann fort, „bis zum Schluß der zweiten Periode, also bis zu unserem Friedensangebot vom 12. Dezember 1918, klargestellt und unbestritten, so kann der erste kritische Punkt mit unserem Friedensangebot zusammengefallen. Gegenüber der Vorstellung, daß wir durch unser Friedensangebot den Appell des Präsidenten Wilson gestört und gefährdet hätten, betone ich, daß der Friedensappell des Präsidenten Wilson, dessen bevorstehenden Erscheinen Graf Bernstorff in Aussicht gestellt hatte, enthalten ist in der Friedensnote, Wilsons vom 18. Dezember. Geschichte ist diese Note vom Präsidenten Wilson, wie Graf Bernstorff ausdrücklich bezeugt hat, bereits Mitte November. Der Wortlaut dieser Note ist nach dem gleichen Zeugnis bis auf den Zusatz, daß die Note mit unserem Friedensangebot nicht in Zusammenhang gebracht werden dürfte, von Mitte November bis zum 16. Dezember unverändert geblieben. Mitte November hatten wir noch kein Friedensangebot gemacht, und Präsident Wilson wußte noch nicht, daß wir überhaupt die Absicht hatten, ein eigenes Friedensangebot zu machen. Der klare und unumwandelliche Schluß ist, daß unser Friedensangebot weder den Präzedenzfall Wilson von einer Friedensaktion abgehalten, noch ihren Inhalt beeinflusst hat.“

Nach Bethmanns Ansicht hat Wilson seiner Zustimmung darüber, daß wie seinen Friedensschritt nicht abgewartet haben, auf sein Handeln keinen Einfluß eingebracht. Hiernach kann, wenn von einer tatsächlichen Wirkung unseres Friedensangebotes gesprochen wird, nur gesagt werden, ob es unser Friedensangebot gewesen ist, das die Entente veranlaßt hat, die Friedensnote vom 18. Dezember in einer Weise zu beantworten, die einer Ablehnung gleichkommt, oder

ob die Reichsregierung in Kenntnis dieser Tatsache hätte warten müssen,

bis Präsident Wilson selbst den in Aussicht gestellten Friedensschritt unternahm. Hierbei geraten wir aber in einen Komplex von Problemen, von dem die amerikanischen Beziehungen doch nur einen verhältnismäßig kleinen Bestandteil bilden. Die verwickelten Momente, u. a. die militärische Lage an den zahlreichen Fronten, die Ansicht der Bundesgenossen, der Parteien usw. müssen berücksichtigt werden, wenn man zu einem zureichenden Urteil gelangen will.

Die Motive unseres Friedensangebotes.

Bethmann-Hollweg legt nun die Gründe aus, ander, welche uns veranlaßten, ein eigenes Friedensangebot dem Warten auf das Angebot des Präsidenten Wilson vorzuziehen, und zwar unterzucht er diese Gründe erst von der persönlichen Seite. Alsdann sprach er von den Erfahrungen, die wir mit der amerikanischen Regierung und mit ihrer Stellung zum Entente gemacht haben sowie von den Verbindlichkeitsmöglichkeiten mit den Vereinigten Staaten.

Was zunächst die persönliche Seite anlangt, so werf der Zeuge doch, was bisher nicht genügend gesehen ist auf den

Arthur Schopenhauer und unsere Zeit.

Von Rudolf Becker, Hamborn.

II.

Die Umwälzung im vorigen Jahre hat hierin wenig geändert. Zwar ist die Anteilnahme am politischen Leben größer und das Studium der sozialen Fragen eifriger geworden, aber noch stehen viele dem Volke, dem öffentlichen Leben fern. Ja gerade die unruhigen Zeiträume haben bei nicht wenigen den Wunsch erstarren lassen, wieder Ruhe zu haben, um sich ungestört ihrem Erwerb, ihren Genüssen, oder ihrem Studium widmen zu können. Natürlich müssen ruhigere Zustände wiederkehren, damit gute Arbeit jedweder Art getan werden kann, aber die Gefahr ist vorhanden, daß viele, und gerade die Gebildeten, sich wieder in ihre Welt, in ihre Interessen einspinnen und keinen Sinn mehr für Staat und Volk übrig haben. Eben bei uns Deutschen ist die Gefahr, sich nur als Privatmann zu betrachten und den Staatsbürger zu vergessen, besonders groß. Jahrhundertlange politische Ohnmacht und Kleinstaaterei haben die politische Anlage des Deutschen verkümmern lassen und die neue Zeit politischer Ohnmacht bringt diese Gefahr aufs neue in unsere Nähe. Darum darf das deutsche Bürgertum nicht wieder die Bahnen Schopenhauers einschlagen und selbstständig sein Privatleben führen; wohin das führt, das hat die Revolution gezeigt, wo das Bürgertum von der politisch viel besser geschulten Arbeiterschaft aus dem Felde geschlagen wurde und erst allmählich wieder zur Besinnung kommt. In alle Kreise unseres Volkes, vornehmlich der gebildeten als der geistig führenden, muß das Bewußtsein gepflanzt werden, für Wohl und Wehe der Gesamtheit mitverantwortlich zu sein, damit alle Gleichgültigkeit und Geringschätzung des Staates und der sozialen Verhältnisse beseitigt wird. Widerstrebt einerseits die unsoziale Haltung Schopenhauers dem sozialen und demokratischen Zuge unserer Zeit, so wird andererseits seine unverhohlene Feindschaft gegen das Christentum viel Beifall finden. Gleichgültigkeit gegen

Religion und Kirche waren groß geworden, als tote Orthodoxie anstelle lebendigen Glaubens in den Kirchen herrschte, der Pietismus ersetzte nur kleinere Kreise, erst recht der Nationalismus des 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vermochte nicht zu befriedigen und neues religiöses Leben zu erwecken. Immerhin blieb das Christentum der geistige Nährboden auch für die, welche der Kirche fern standen, der Philosophie und Kunst huldigten. Gerade die führenden Männer des deutschen Geisteslebens im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert waren von christlichen Gedanken und Anschauungen weithin beeinflusst. Wenn sie auch scharfe Kritik an Orthodoxie und Pietismus übten, so wollten sie keineswegs mit dem Christentum brechen, sondern es säubern und darum, daß die Lehren der Vernunft eins seien mit denen des echten Christentums. So dachten die leuchtenden Sterne am deutschen Geisteshimmel, von Leibniz über Kant und Lessing, Schiller und Goethe bis zu Fichte, Schelling und Hegel.

Arthur Schopenhauer gehört zu den ersten, die das Christentum offen bekämpften. Er kann sich nicht genug tun in der Verhöhnung der christlichen Lehren z. B. von der Welterschöpfung, von der Vorherbestimmung und Liebe Gottes, von der Erlösung. Er wirft dem Christentum glatten Optimismus vor, weil es lehre, daß die Welt von Gott gut geschaffen sei, daß es die Rettung der Welt durch einen persönlichen Gott glaube. Er ist fast davon überzeugt, daß die Schlechtigkeit der Welt sich durchaus nicht mit einem Glauben an den persönlichen Gott vertrage, daß man dies immer mehr einsehen und daher mit dem Christentum brechen werde. Daß er von den Pfaffen nichts Gutes hielt, versteht sich von selbst. Ihm steht der Buddhismus viel höher, der damals durch die beginnende Erforschung Alt-Indiens in Europa bekannt wurde. Buddhismus ist ihm die Religion der Zukunft. Was Gutes am Christentum ist, hat es von Indien, eine Meinung, die auch später noch vertreten worden ist. Das Gute am Christentum, worin es mit dem Buddhismus übereinstimmt, ist die Weltverachtung und die Askese. Freilich ist nach Schopenhauers Meinung das Christentum später

verfälscht worden, indem das Alte Testament mit seinen platten Optimismus zuviel Einfluß gewonnen habe. Daher ist Schopenhauer dem Protestantismus nicht gewogen, weil er Mönchtum und Abtötung beseitigt habe, den Katholizismus stellt er folgerichtig höher als jenen. Aber auch das unverfälschte Christentum reicht nicht an Buddhas Lehre heran, die keinen Gott kennt und zeigt, wie man sich von dem Leid der Welt selbst erlösen kann. Schopenhauer wird nicht müde, dieses Licht vom Osten zu preisen, wie er dann sich selbst eingehend mit den indischen Aufsehn, soweit sie ihm in Überlegungen zugänglich waren, beschäftigt hat. Manchen Nachfolger hat er gefunden, der gleich ihm das Christentum durch Buddhas Lehre zu ersetzen strebte, bekanntlich gibt es auch in Deutschland buddhistische Gemeinden. Aber diese Strömung zugunsten des Buddhismus ist nur ein Teil des schon groß gewordenen Stromes der Christentumsfeindschaft. Was 1819, als der dreißigjährige Schopenhauer seinen Atheismus bekannte, noch ein Wagnis war, das wird heute überall verkündet und mit drohendem Beifall aufgenommen. Was damals noch vereinzelt war und vielfach totgeschwiegen wurde, wird heute von vielen Tausenden verkündet und an die große Glocke gehängt. Gehen auch die Meinungen über das, was man an die Stelle des Christentums setzen will, weit auseinander, so ist man sich doch einig in der Überzeugung, daß das Christentum völlig abgewirtschaftet habe. Die Saat, die Schopenhauer und nach ihm Männer wie Ludwig Feuerbach, Eugen Dühring, Eduard von Hartmann, Friedrich Nietzsche und die Materialisten Vogt, Moleschott, Büchner ausgefäht haben, ist aufgegangen. Viele leben außerhalb der Kirche, die Zahl der Austritte hat gewaltig zugenommen, und gerade die Kriegszeit mit ihren Leiden und Entbehrungen hat viele vom Glauben und von der Kirche abwendig gemacht. Vielen scheint es unmöglich zu sein, angesichts des Leidens der Welt an Gott weiter zu glauben und kurz entschlossen werfen sie alles Christliche über Bord

(Fortsetzung folgt.)

in den bisherigen
nicht bestritten
erkannt werden.
Periode habe von
fest, daß Präsident
die kriegsführenden
ging dahin, daß
an den Ver-
sollte.

die unmittelbaren
allein ohne die
Erst in einer
ter der Teilnahme
keiten die allge-
werden. Hiermit
andere Tätigkeit ist
Zum Unterschied
der gewöhnlichen
Hollweg die Tätig-

„so fährt d. Welt
zweiten Periode,
ebot vor 12. De-
beurteilt, so fällt
unserem Friede-
gegenüber der Vor-
riedensangebot den
führt und gefährdet
tsappell des Präsi-
n Erlaß Graf Bern-
enthaltend ist in der
ember. Geschrie-
in Wilson, wie Graf
at, bereits Mitte
r Note ist nach dem
sag, daß die Note
in Zusammenhang
November bis zum
leben. Mitte No-
ensangebot gemacht,
nicht, daß wir über-
genes Friedensange-
miderlegliche Schluß
bot weder den
iner Friedensaktion
paßt beeinflusst

Wilson seiner Ver-
in seinen Friedensschrit-
Handeln keinen
sch kann, wenn von
s Friedensangebot
den, ob es unser
die Entente ver-
am 18. Dezember in
einer Ablehnung

ntnis dieser Tat-
sachen,
in Aussicht gestellt
el geraten wir aber
von dem die am-
einen verhältnis-
Die verschiedensten
Lage an den zahl-
Bundesgenossen, der
werden, wenn man
langen will.

endungsangebot.
die Gründe auszu-
in eigenes Friedens-
gebot des Präsidenten
untersuchen er diese
Seite. Alsdann
t, die wir mit der
t ihrer Stellung zu
in den Verbindungs-
Staaten.

de Seite anlangt, so
nicht genügend ge-
Testament mit seinem
gewonnen habe. Daher
us nicht gewogen, weil
t habe, den Rathschlüssen
jenen. Aber auch das
acht an Buddhas Lehre
eigt, wie man sich von
n. Schopenhauer wird
zu preisen, wie er dann
nen Ausleihen, soweit sie
waren, beschäftigt hat.
den, der gleich ihm das
zu ersehen strebte, so
buddhistische Gemein-
des Buddhas ist
wordenen Stromes der
als der dreifaltige
annte, noch ein Wagnis
bet und mit drohendem
noch vereinzelt war und
ird heute von vielen
große Glorie gekrönt,
was man an die Stelle
auseinander, so ist man
t, daß das Christentum

saat, die Schopenhauer
wieg Feuerbach, Eugen
riedrich Nietzsche und die
dchner ausgeübt haben, ist
sch der Kirche, die Zahl
ommen, und gerade die
Entbehrungen hat viele
wendig gemacht. Vielen
des Lebens der Welt
entschlossen werfen sie

(Fortsetzung folgt.)

Charakter des Präsidenten Wilson

Ein, dem auch nach der Berichterstattung des Gra-
fen Bernstorff ein besonders zauderndes Zug
eigen ist. Ueber den zaudernden Zug, so fährt Herr
von Bethmann-Hollweg fort, ist die Berliner Zeit-
ung schon vorher durch manche Erfahrungen auf
verschiedenen Gebieten in Kenntnis gewesen. Ich glaube
ich zu erinnern, daß nach Redungen, die gerade
im Dezember bei uns eintrafen, auch neutrale
Staatsmänner im Zweifel waren, ob der Präsident
Wilson ernsthaft an den Frieden denke. Präsident
Wilson war sozusagen gehandelt durch sein und sei-
nes Konkrete Verhältnis zur Entente.

Ueber die amerikanischen Waffen- und Munitions-
lieferungen mag man völlerrechtlich denken, wie man
will, tatsächlich bedeuten sie eine einseitige Begün-
stigung unserer Feinde, ohne die der Krieg wahr-
scheinlich sehr viel früher zu Ende gewesen wäre.

Wie Oberst House erklärte, war Wilson in allen
seinen Handlungen gegen England gebunden durch die
Handelsbeziehungen seines Landes zu England. Das
war für uns mäßig und gewagt gewesen, seine
Friedensaktion als sicheren Faktor in unsere Rech-
nung einzustellen, selbst aber untätig zu bleiben
erschwer. War unser Verkehr mit Washington durch
die unpünktliche briefliche und telegraphische Verbin-
dung. Ueberdies ist der Bericht auch des tüchtigen
Botschafters zunächst ein eigenes Urteil. Tatsächlich
lagen die Dinge so, daß wir über einen unkon-
trollierbaren Verkehr mit Washington
überhaupt nicht verfügten. Der Funkdienst
wurde an amerikanischer Seite durch die Engländer
unter Zensur genommen. Schiffverkehr war
nicht gestattet. Die Erschwerung unseres Verkehrs mit
Washington beruhte im wesentlichen auf völlerrecht-
lich nicht zu begründenden Forderungen Englands,
die die amerikanische Regierung sich ohne weite-
res gefallen ließ. Bemerkenswert erscheint mir,
daß

die berühmten 14 Punkte Wilsons

Im Januar 1918 neu aufgelegt wurden, also zu einer
Zeit, wo Amerika in voller Kriegsvorbereitung un-
gegenüber sich befand. Ich verweise auf das Kreuz-
verhör Wilsons vor dem Senat. In dramatischer Zu-
spizung hat der Präsident da feierlich seine Ueber-
zeugung bekundet, daß Amerika in den Krieg
gezogen wäre, auch wenn untererwärts keine Ge-
walttaten an amerikanischen Bürgern vorgenommen
würden.

Hiermit glaubt Bethmann die Momente, die bei
den Zentralmächten gegen ein Warten auf den Schritt
des Präsidenten Wilson sprachen. Klar umschrieben zu
haben un- kommt nunmehr zu den Gründen, die
für die Veröffentlichung des Friedensangebotes der
Mittelmächte gerade am 12. Dezember 1918 sprachen.

Ich war, so erklärt Bethmann mit erhobener
Stimme, bei meiner ganzen Politik der Auffassung,
daß der Friede nicht erreicht werden könne durch Son-
derverträge bei den feindlichen Regierungen, sondern
nur durch Einwirkungen auf die feindlichen Völker.
Das Friedensangebot vom 12. Dezember 1918 war ein
Glieder in dieser Kette. Es sollte den Stein ins
Rollen bringen und war dem Gedanken gewid-
met, daß ein öffentliches Friedensangebot der Mit-
telmächte eine tiefe Wirkung bei den feindlichen Völ-
kern hervorrufen würde. Bei unserem Friedens-
angebot war mit ausschlaggebend, daß im englischen
Kabinett und in Russland in der Friedensfrage ver-
schiedene Strömungen miteinander rangen.

Das Friedensangebot wurde von unseren
Feinden einmütig abgelehnt. Seine Wirkung
wurde beeinträchtigt durch die Form, die von dem
Beschreiben diktiert war, unsere militärische Lage nicht
schwach erscheinen zu lassen. Diese Form war ein
Kompromiß der militärischen und politi-
schen Stellen.

Nach bin, auf dem einmal beschrittenen Wege wei-
tergegangen. Im Reichstage hat sich im Juli 1917
erstmals eine Mehrheit für diese Politik gefunden.
Es ist für mich ein eigenartiges Verhängnis, daß ich
durch eine Verbindung des Parlamentes mit der mili-
tärischen Leitung in dem Augenblick geführt wurde,
als ich mir zum ersten Male die Möglichkeit bot,
meine politische Linie mit einer Mehrheit des Pa-
lamentes weiterhin wirksam zu verfolgen. Völlig
habe ich nur die Umstände, unter denen die Friede-
nensentscheidung zustande gekommen war. Wir standen
militärisch nicht gerade auf der Höhe, und dann wurde
sie verurteilt mit sensationellen Feststellungen über
die Schicksale im U-Boot-Krieg, die fast panikartig ge-
wirkt hatten. Und schließlich war sie begleitet von
dem oisenkundigen Sieg der Militärpartei
über die gemäßigten Politik des Reichs-
kanzlers. Eine öffentliche Diskussion der beider-
seitigen Kriegsziele, bevor die Friedensbereitschaft fest-
stand, war eine Prozedur gewesen, die eine etwaige
Verhandlungsbereitschaft vernichtet haben würde. Eine
vertrauliche Mitteilung nach Washington ist nicht er-
folgt. Wir sind damals nicht nach den Bedingungen
gefragt worden und haben sie nur angedeutet. Der
Fortschritt ist ermächtigt worden, zu sagen, daß un-
sere Friedensbedingungen sehr mäßige seien und sich
im Wesentlichen zu der Entente in durchaus vernünftigen
Grenzen bewegten. Das gelte insbesondere für Wel-
sen. Wir nicht zu annektieren wünschten. Die
ethisch-moralische Frage sei für uns nicht diskutabel.
Wilson hat uns mitteilen, daß unsere Aeußerungen
hin außer Wertvoll seien.

Die Situation im Januar, als

der unbeschränkte U-Boot-Krieg

beschlossen wurde, war folgende: Die Marine machte
schon fort. England bis zur neuen Ernte friedens-
bereit zu machen, wenn am 1. Februar der U-Boot-
Krieg begänne. Dieser Zeitpunkt war als äußerster
Termin bezeichnet, wenn der U-Boot-Krieg in diesem
Jahre überhaupt Erfolg haben sollte. Konnte sich
England im Februar verproviantieren, dann war die
Möglichkeit für dieses Jahr fast Null.

Die Oberste Seeresleitung

verlangte den U-Boot-Krieg

mit voller Entschiedenheit als ein von der allge-
meinen Kriegslage gebieterisch gefordertes Kampfmittel.
Der Glaube an den unbeschränkten U-Boot-Krieg
lag so fest und tief, daß man sich, von dem man

mußte, daß ich ihn nicht zette (mit ergoener
Stimme) unterirdisch mit den infamsten Ver-
leumdungen bekämpfte. Wiederholte Anläufe, die
Presse zu zäheln, waren ohne besonderen Erfolg ge-
blieben, weil der U-Boot-Krieg nicht nur von der
Armee und der Marine, sondern auch von der Mehr-
heit des Reichstages getragen wurde. Der Reichs-
tag folgte der Obersten Seeresleitung. Von
militärischer Seite ist jetzt behauptet worden, ich hätte
die Oberste Seeresleitung sehr gegen ihren Willen in
den Streik hineingezogen. Es handelte sich um die
Anwendung eines Kriegsmittels, das notwendig zum

Bruch mit Amerika, möglicherweise zum Konflikt
mit anderen Neutralen führen mußte.

Entweder die Führung wie die Unterlassung des
U-Boot-Krieges war ein Experiment.

Am 9. Januar war es schließlich unmög-
lich, zu sagen: Nein, der U-Boot-Krieg wird nicht
gemacht, ich sehe dafür, daß wir demnachst zu Friede-
nensverhandlungen kommen. Ich hatte auch nicht das
Vertrauen, daß es Wilson gelingen würde, die En-
tente zur Aufgabe ihrer ererbten Kriegsziele zu
bringen. Auch andere Verhandlungsmöglichkeiten konnte
ich nicht in Aussicht stellen. Auf der anderen Seite
hieß der Feldmarschall das Wilsonsche Angebot
als von England hervorgerufen, wir könnten aus na-
tionalen Gründen und mit Rücksicht auf unsere starke
militärische Position darauf nicht eingehen. Auf meine
nicht zustimmende Antwort kam ein schroffes
Telegramm des Feldmarschalls, die militärische Lage
erfordere energisches Handeln zur See. Der Feldmar-
schall setzt sein volles Verantwortungsgefühl ein,
vor das die politische Verantwortlichkeit des Reichs-
kanzlers nicht treten dürfe.

Entscheidend war, daß die Oberste Seeresleitung
entschlossen war, es auch mit Amerika aufzunehmen;
sie ließ es auf eine Machtprobe mit der En-
tente ankommen. Mit dem Aufsteigen meiner Ver-
son wäre nicht das geringste geändert worden; der
Entschluß zum unbeschränkten U-Boot-Krieg stand fest.
Auch der Kaiser wäre nicht imstande gewesen, selbst
wenn er es gewollt hätte, einen Kanzler gegen das
Batum Hindenburg zu halten.

Nach unserem namenlosen Zusammenbruch, der
nur mäßig gewesen ist, weil wir alle geirrt ha-
ben, übernehme ich es nicht, die Schuld auf
andere abzuwälzen. Aber ich muß doch die Tat-
sache feststellen: als Hindenburg mit Ludendorff an die
Spitze der Seeresleitung berufen war, stand für das
bürgerliche Deutschland fest, daß ihnen die Entscheidung
zustehe, wie der Krieg geführt und beendet werden
sollte. Es stand fest, daß die politische Lei-
tung sich ihnen zu fügen habe. Es muß doch
ausgesprochen werden, daß die Mehrheit des deutschen
Volkes und seine gesellige Vertretung das Ueber-
gewicht der militärischen Leitung (mit stark erhobener
Stimme) gewollt hat. Die Konsequenzen ergeben sich
von selbst. Dabei will ich eins zugeben, nämlich daß
eine zu Behauptung des Krieges geschaffene parla-
mentarische Regierung an sich vielleicht hätte stär-
ker sein können. Die Unfertigkeit unserer politischen
Auffassung ist uns zum Fluch geworden. Auch hier
liegt eine Veräumnis vor, aber auch hier vielleicht
eine Rechtfertigung. Kommandieren läßt sich die Pa-
lamentarisation nicht, auch wo sie gewollt ist, sie
entwirrt sich mit der politischen Reife des Volkes.

Am 28. Januar Bernstorffs Devisen
mit der Mitteilung eintraf, daß Wilson beabsichtige,
den Frieden zu vermitteln, und um unsere Bedin-
gungen hätte war es zu spät. Die Admiralsität er-
klärte, daß es technisch unmöglich wäre, die ausgefah-
renen U-Boote zurückzubringen. Es blieb mir nichts
übrig, als Wilson unsere Friedensbedingungen mitzu-
teilen und das Aufgeben des U-Boot-Krieges anzufügen,
sobald es dem Präsidenten gelänge, eine entsprechende
Grundlage für Friedensverhandlungen zu erzielen.

Darauf trit die Mittagspause ein. Die Beratung
wird um vier Uhr fortgesetzt.

Frieden erst im März?

Neue Ententeforderungen an Deutschland.

Das Inkrafttreten des Friedens wird von der
Entente immer weiter hinausgeschoben. Der englische
Minister Bonar Law erklärte im Unterhause, daß er
die vollständige Kartierung des Friedensvertrages und
das endgültige Zustandekommen des Friedens nicht
vor Februar oder März 1920 erwarte.

Was die Entente unter dem endgültigen Zustande-
kommen des Friedens versteht, ergibt sich aus den
Beratungen des Obersten Rates über „Die Verlegung
der Klauseln des Waffenstillstandes“. Der Kaiser
hat den Grundgedanken aufgestellt, daß das Inkrafttreten
des Friedens von Bedingungen, das den Friedenszustand
an Stelle des Waffenstillstandes setze, von der deut-
schen Regierung nicht für die Punkte herangezogen
werden darf, die sich auf Bedingungen des Waffen-
stillstandes beziehen, aber im Vertrag selber nicht
enthalten sind. Man hat daher die Aufstellung
eines Protokolls in Aussicht genommen, worin
die Deutschen sich verpflichten, diejenigen Klauseln
des Waffenstillstandes, die sie nicht erfüllt haben, noch
zu erfüllen.

Das „Pariser Journal“ weiß hierüber noch zu
berichten, daß Deutschland nicht alles rollende Ma-
terial herauszugeben, vierzehn Petroleumtransport-
schiffe vom Hafen von Antwerpen aus nicht geliefert
und Handelschiffe an neutrale Mächte verkauft habe.
Außerdem habe es sich geweigert, das Verzeichnis der
aus Frankreich und Belgien weggeschaffenen Werte zu
übermitteln.

Zu der Verhütung gegen die Waffenstillstandsbe-
dingungen, rechnet die Entente auch, wie Pariser Blät-
ter mitzuteilen wissen, die nur unvollkommen durch-
geführte Räumung des Baltikums von deutschen
Truppen. Die Reichsregierung hat sich entschlossen,
das äußerste Druckmittel anzuwenden und sie hat
erklärt, daß alle jene Truppen, die bis zum 11. No-
vember die deutsche Grenze nicht passiert haben sol-
ten, als fahnenflüchtig erachtet werden und die deutsche
Staatsangehörigkeit verlieren sollen. Es handelt sich
dabei um etwa 35 000 Mann, die zu den Russen über-
gegangen sind, also um die weitaus überwiegende
Mehrheit der etwa 40 000 Mann betragenden Truppe
der Kurlandkämpfer.

zugeschoben hat der Kaisertrat erneut über die Ent-
schädigung beraten, die Deutschland für die Verlesung
seiner Flotte in Scapa Flow zu zahlen haben
müßte.

Die Entente versucht eben, den Eintritt des Friede-
nenszustandes von Tag zu Tag zu verzögern. Hinter
allen diesen mit den fadenheinsten Vorwänden, die
man nicht dem mehrfachen Gelehrten, sondern der Welt
gegenüber für nötig hält, begründeten Verzögerungen
des Friedenszustandes steht hauptsächlich Frankreich.
Im eigenen Lande hat es ihn erklärt und sich so
dem stürmischen Drängen innerpolitischer Gegner ent-
zogen: nach außen läßt es den Kriegszustand bestehen.
Es ist so bequem, auf diese Weise noch einige Züge-
stände von dem waffenlosen Feinde zu erpressen
— der ja doch immer nachgibt. Warten wir ab,
welche „Kompensationen“ man uns für die angeb-
lichen Verletzungen des Waffenstillstandes verlangen
wird.

Inzwischen droht dem Inkrafttreten des Friedens-
vertrages eine neue Verzögerung. Clemenceau hat dem
Kaisertrat vorgeschlagen, dem Marichall Foch das
Kommando über die alliierten Truppen am Rhein
und auch über diejenigen Truppen zu übertragen,
die nach dem Friedensvertrage nach Teschen, Ober-
schlesien, Riga, Memel usw. geschickt werden sollen.
Der Kaisertrat hat den Vorschlag nicht angenom-
men, sondern beschlossen, ihn erst den verschiedenen
alliierten Regierungen zu unterbreiten. Nur Italien
soll für Italien bereits zugestimmt haben. Einige
Delegierte machten geltend, daß die Ueberwachung nach
dem Inkrafttreten des Friedensvertrages dem Vö-
lkerbund zukomme.

Deutsches Reich.

Der Reichsrat hat den Etat für 1919 mit den
von der Nationalversammlung vorgenommenen Erhöhungen
in einer Gesamtsumme von 608 Millionen Mark ange-
nommen.

Als Nachfolger für den zurückgetretenen Reichs-
präsidenten, Herrn v. Seckendorff, wird vom
Reichsrat der Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt Dr.
Heinrich Desbrück vorgeschlagen.

An der Konferenz zur Bekämpfung der Hungers-
not, die vom 4. bis zum 6. November in London statt-
finden wird, werden Laja Brentano, Professor Bonn und
wahrscheinlich Kautsky teilnehmen. Die britische Regierung
hat den genannten deutschen Persönlichkeiten die Einreise-
erlaubnis erteilt.

Nach einer der Nationalversammlung zugegangenen
amtlichen Mitteilung sind bei 51 Kriegsgesellschaften 235
Angestellte mit einem Jahresgehalt von über 12 000 Mark
beschäftigt.

Die Auflösung der Schutztruppen. Der Reichs-
kolonialminister hat soeben folgende Verfügung erlassen:
Die Schutztruppen für Deutsch-Ostafrika und Deutsch-
Südwestafrika sowie die Landesverteidigungstruppen
werden aufgelöst. Ueber die Auflösung der Schutz-
truppe für Kamerun folgt weiterer Befehl. Die Ab-
wicklung der Schutz- und Landesverteidigungstruppen
wird dem Kommando der Schutztruppen übertragen,
das nunmehr die Bezeichnung führt „Abwicklungssamt

des früheren Kommandos der Schutztruppen im Reichs-
kolonialministerium“.

Der Oberkommissar für Danzig. In Ausfüh-
rung des § 103 des Friedensvertrages war vom Ober-
sten Rat der Alliierten in Paris ein Oberkommissar
für den Freistaat Danzig zu ernennen, der als Vertre-
ter des Völkerbundes seinen Sitz in Danzig haben
sollte. Diese Ernennung ist nun erfolgt. Oberkom-
missar von Danzig wird der Engländer Sir Reginald
Tower sein. Tower steht am Ende der fünfzigsten
Jahre, hat in Deutschland studiert, spricht geläufig
deutsch und ist eine in der britischen Diplomatie bekannte
Persönlichkeit, wie es heißt, von demokratischen An-
schauungen. Der Oberkommissar wird in den nächsten
Tagen in Danzig eintreffen und im Oberpräsidium
Wohnung nehmen.

Die Geschäftslage der Nationalversammlung.
Nachdem die Nationalversammlung die dritte Lesung
des Haushaltsplans für das beinahe beendete Ge-
schäftsjahr 1919 erledigt hat, ist sie auf drei Wochen
in die Ferien gegangen. Die Reichsabgabenordnung
wird mit zu dem ersten gehören, was das Haus nach
seinem Wiederzusammentritt zu erledigen haben wird.

Auch all die übrigen Gesetzesvorlagen sollen dann an
die Reihe kommen, das Reichsnotopfer und die Um-
satzsteuer, die wie die Reichsabgabenordnung in den
Ausführungen so gut wie fertig sind, weiter die Reichs-
einkommensteuer, für die der Entwurf dem Hause noch
gar nicht zugegangen ist. Aus steht weiter noch die Er-
ledigung des Rahmengesetzes für die Sozialisierung der
Elektrizitätsindustrie und des Vertriebsstrategie, das
besondere Schwierigkeiten macht. Sodann aber sind von
verschiedenen Ministern, von Koch für das Ressort des
Innern, von Schiffer für die Justiz usw. eine ganze
Reihe von kleineren und größeren Reformgesetzen an-
geknüpft worden, die die Regierung nach Möglichkeit
von der Nationalversammlung noch erledigen lassen
will. Das Reichstagswahlgesetz ist gleichfalls noch zu
schaffen. Alle diese Arbeiten werden die National-
versammlung bis tief in das Jahr 1920 hinein beschäf-
tigen. Außerdem soll ihr im Februar der Etat für
das Geschäftsjahr 1920 vorgelegt werden. Zur Er-
ledigung dieser gesetzlichen Aufgaben wird die National-
versammlung weit über ein Jahr zusammenstehen.

Kohlenkonferenz der süddeutschen Minister. In
einer Kohlenkonferenz der süddeutschen Minister in
Stuttgart wurden im Hinblick auf die gefährdete Brenn-
stoffversorgung Süddeutschlands gleichmäßige
Sparmaßnahmen für das ganze Reich, wie Ver-
zögerung der Polizeistunde, Einschränkung der Beleuch-
tung der Straßen und Vergnügungsfakel, Verbot der
Abgabe von Gütern an Private. Verhandlungen
mit der Entente wegen Freigabe des Rheinisch-West-
fälischen zur Nachtzeit usw., verlangt. Zur Durchführung
der Maßnahmen solle ein Reichsinspektor, wofür Ge-
neral Gröner vorgeschlagen wurde, eingesetzt wer-
den. Die Vertreter der Ministerien waren dafür, daß
die Gesandten der drei süddeutschen Staaten in den näch-
sten Tagen die Kohlenversorgung vor dem Reichskanzler
in Gegenwart des Reichswirtschaftsministers und Reichs-
kohlenkommissars zur Sprache bringen sollten. Außer-
dem müßte die Frage im Reichsrat aufgestellt werden.

Rundschau im Auslande.

Die ukrainischen Truppen sind, nach Warschauer Meldungen, 30 000 Juden zum Opfer gefallen.
Die japanische Regierung gibt bekannt, daß sie mit England in Verhandlungen über Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisvertrages eintreten wird.
Der japanische Geheim Staatsrat nahm den Friedensvertrag mit Deutschland an.
Die südamerikanischen Republiken rechnen mit der Einwanderung von fünf Millionen Deutschen nach Südamerika.
In Amerika wurde eine anarchistische Verschwörung entdeckt, die in mehr als 100 Städten Bombenattentate vorbereitet hatte.
Bei den Unruhen in Ägypten wurden 39 Polizeibeamte verwundet. Etwa 50 Aufständische wurden verletzt und einige davon getötet.

Bulgarien: Franzosenfeindliche Kundgebung in Sofia.
Nach einer Meldung aus Sofia wurden bei den großen Protestkundgebungen, die gegen den Pariser Friedensvertrag stattgefunden haben, französische Offiziere und Soldaten öffentlich beschimpft. Der Kommandant der französischen Besatzungstruppen, General Claudel, erließ eine Bekanntmachung, wonach die französischen Offiziere und Soldaten, wenn sich die Beschimpfungen wiederholen sollten, die Pflicht haben, von ihren Waffen Gebrauch zu machen.

Vereinigte Staaten: Die Washingtoner Konferenz eröffnet.
Die internationale Arbeitskonferenz in Washington wurde am Mittwoch unter dem Vorsitz des amerikanischen Arbeitsministers im Namen des Präsidenten der Vereinigten Staaten eröffnet. Unter den Delegierten befanden sich über 100 Vertreter von 36 Ländern. Die Vorkonferenz und die eigentliche Konferenz nahmen ihren Verlauf zu beiden Seiten der Präsidententribüne ein. Für die Vereinigten Staaten sind bisher nur je zwei Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter, unter ihnen Gompers, in der Konferenz gegenwärtig. Der erste Gegenstand der Beratung wird die Frage der Arbeitslosigkeit, der Frauen und Kinderarbeit und die ständige Organisation. Der Vorsitz der Konferenz stiftete sich auf den Standpunkt, daß die Staaten, die das Abkommen ratifiziert haben, sämtlich an der Konferenz teilnehmen können. Auch die belgische Abordnung bei der internationalen Arbeitskonferenz hat sich zugunsten der Zulassung der deutschen und österreichischen Abgeordneten ausgesprochen. Die belgische Regierung hat ihre Zustimmung zu diesem Beschluß gegeben. Als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums in der Eigenschaft eines stimmberechtigten Abgeordneten wird der frühere Reichsarbeitsminister Wiffel an der Konferenz teilnehmen. Führer der Delegation bleibt nach wie vor der Staatssekretär a. D. Dr. August Müller. Der Tag der Abreise ist bis jetzt noch nicht bekannt.

Die Arbeiterkonferenz in Washington beschloß mit 71 gegen eine Stimme, die deutschen und österreichischen Delegierten zuzulassen.

Local- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld, den 2. November 1919.

Gemeinnützige Rechtsanwaltsstelle. Die nächsten Sprechstunden finden statt: in Minden, Marienwallstr. 10, Dienstag und Donnerstag von 3—6 Uhr; in Rehme, Wirtschaft Uhe, am Donnerstag von 11—1 Uhr; in Eisbergen, Wirtschaft Fischer, am Sonnabend von 12—1 Uhr; in Bielefeld, Konfirmationsaal, am Sonnabend von 3—4 Uhr; in Rahden, Wirtschaft Braun, am Freitag von 10—1 Uhr; in Stadthagen, Konfirmationsaal des Anna-Stiftes, am Mittwoch von 4—7 Uhr.

Deutschnationale Rednerschule. In der deutsch-nationalen Rednerschule spricht am kommenden Montag, den 3. November Herr Gewerkschaftssekretär Landwehr über

„Materialistischen und christlichen Sozialismus“. Die Versammlung beginnt um 8 Uhr in der Erholung am Papenmarkt.

Lebensmittelkommission im Landkreis Bielefeld. Die Lebensmittelkommission setzte den Versorgungsplan für die Woche vom 3. bis 8. 11. 1919 nach dem Vorschlage des Kriegswirtschaftsamtes wie folgt fest:

Die Fettverorgungsberechtigten erhalten 75 Gramm Speisefett und die Fettverorgungsberechtigten in den Gemeinden Bradewede, Gadderbaum, Gellershagen, Schildesche, Bauerschaft Schildesche und Kammeratsheide 100 Gramm Fuchswiezenmehl. Außerdem erhält die Fettverorgungsberechtigte Bevölkerung in der Gemeinde Schildesche 1/2 Pfd. Marmelade. Den Kranken und Wöchnerinnen sowie den milchverorgungsberechtigten Kindern von 1—3 Jahren werden 2 Rollen Reis oder 2 Rollen Zwieback zugeteilt und den werdenden und stillenden Müttern von 2 Monaten vor bis 2 Monaten nach der Entbindung 1/2 Pfd. Auslands-schweinefleisch.

Im Anschluß hieran wies der Vorsitzende nochmals darauf hin, daß es unbedingt notwendig sei, mit den bisher zugeteilten Kartoffeln sparsam zu wirtschaften und durch Beschaffung von Wurzeln und Steckrüben den Vorrat zu strecken. Die Nachrichten aus der Provinz Pommern in bezug auf die Kartoffellieferung seien außerordentlich ungünstig zu nennen, auf den Ernst der Lage könne nicht genügend hingewiesen werden.

Die Kommission erhielt sodann Mitteilung davon, daß inzwischen die Milchpreise im Einnahmen mit dem Lebensmittelaußschuß der Stadt Bielefeld neu festgesetzt worden seien. Hiernach kämen 2 Preise in Frage, einmal der Preis für Molkereimilch mit 70 Pfg. je Liter und der Preis für nicht molkereimäßig behandelte Milch mit 67 Pfg. je Liter. Die Molkereimilch hat gegenüber der nicht molkereimäßig behandelten Milch den Vorzug, daß sie gereinigt und auf ihre Haltbarkeit pasteurisiert d. h. erhitzt und tief gefühlt ist. Hierdurch wird die Haltbarkeit der Milch verbessert. Die molkereimäßige Verarbeitung bedingt ohne weiteres den höheren Preis von 70 Pfg. je Liter.

Bei der nicht molkereimäßig behandelten Milch stellt sich die Sache etwas anders, hier muß u. a. den Milchhändlern etwas mehr zugebilligt werden, da sie auch die Sammlung der Milch von den Erzeugern selbst mit übernehmen müssen. Sie erhalten daher für Sammlung und Verteilung 16 Pfg. je Liter, wenn sie die Milch unmittelbar vom Erzeuger abholen; 13 Pfg. dagegen, wenn die Erzeuger die Milch selbst bis zur Abnahmestelle bringen. Der Verkaufspreis dieser Milch ist auf 67 Pfg. festgesetzt, bleibt also mit 3 Pfg. hinter der molkereimäßig behandelten Milch zurück. Die Gesamtspannung zwischen Erzeugerpreis und Verkaufspreis beträgt hiernach 19 Pfg. 3 Pfg. hiervon sollen im Interesse der reiflichen Erfassung der Milch verwendet werden. Durch die Einstellung eines 2. Probemessers sowie durch Einstellung besonderer Kontrollorgane, Einrichtung von Milchausgleichsstellen sind ungeheure Unkosten entstanden. Bei der allgemeinen Knappheit der Milch, namentlich aber in den bevorstehenden Wintermonaten, kann gerade auf die Erfassung nicht genügend Wert gelegt werden. Alles, was zu ihrer Verbesserung noch möglich ist, muß unter allen Umständen geschehen. Die Ausgleichssumme von 3 Pfg. je Liter soll hierzu mit beitragen. Stellt aber nur den geringsten Teil der tatsächlichen Unkosten dar. — Anschließend hieran fand noch die Erledigung kleinerer Anfragen statt. — Die nächste Sitzung findet statt am Mittwoch, den 5. November, nachmittags 3 Uhr.

Kartoffelversorgung. In einer längeren Mitteilung gibt die Stadt bekannt, daß sich die Kartoffellieferung nicht so glatt abwickelt, wie es erwünscht wäre, daß aber zur Beruhigung kein Grund vorliege, da von der Stadt alles geschehe, um die Lieferkreise zu schnellerer Lieferung zu veranlassen. Eine weitere Kommission ist unterwegs, um die Beamten zu unterstützen, die als Beauftragte der Stadt den Transport der Kartoffeln in die Wege zu leiten haben.

Die Reformationsfeier des Evangelischen Bundes fand am 31. Oktober abends in der Altkirchlicher Kirche statt. Zahlreich hatten sich die Freunde des Bundes eingefunden. P. Uferer hielt eine Begrüßungsansprache. Wir wollen uns stärken und ermutigen lassen im Gedankens an Luther. Das tut besonders not im Blick auf unsere traurige politische Lage. Wir wollen nicht müde werden zu zeugen von den Lebenskräften evangelischen Christentums. Das Quatett des Evangel. Lehrvereins sang sodann die beiden Lutherlieder: „Erhalt uns, Herr, bei deinem Wort“ und „Die beste Zeit im Jahr ist mein.“ — Darauf hielt Studientrat Dr. Hirsch einen Vortrag über „Luthers Kraft und Zartheit.“ Allgemein wird beklagt über das Schwinden der Ehrfurcht. Grund dafür ist Materialismus und Mammonismus. Aber niemals schwindet die Gewalt der großen gottgesandten Persönlichkeiten. Darauf gründet sich die Hoffnung, daß es mit unserem Volke nicht gar aus ist. So trete Luther vor uns hin in der einzigartigen Verbindung von Kraft und Zartheit. Luther hat eine Welt ins Wanken gebracht; er hat als bescheidener Mann aus dem Volke Papst und Kaiser den Fehdehandschuh hingeworfen und sich ihnen gegenüber behauptet. So stand er auf dem Reichstag zu Worms. Da sehen wir die Kraft seiner Persönlichkeit, die sich gründet auf die Überzeugung vom Recht seiner Sache. Er war bereit dafür alles zu leiden. Ebenso läßt das Lutherlied: „Ein feste Burg“ uns das Bild des gewaltigen Kämpfers erkennen; ebenso mancher andere Zug in seinem Leben, z. B. sein Auftreten gegen die Bilderstürmer. — Luther hatte von Haus aus ein schlichtes Wesen, bis er durch sein Erleben zum Helden wurde. Aber zu dieser Heldenhaftigkeit gesellte sich die Zartheit des Gemütes, die sich äußert in Humor, umfassender Liebe und in seiner dichterischen Sprache.

Christlicher Verein junger Männer. Sonntag von 7 Uhr abends ab: Heimabend mit freier Unterhaltung; um 9 Uhr Abendandacht über Mark. 1, 37. Montag, 3. November, abends 8 Uhr: Vortrag von Herrn Sekretär Heuer über: Die rechte innere und äußere Befähigung zu erfolgreichem und segnetem Hefendienst.

Volkshochschule des Stadt- und Landkreises Bielefeld. Es ist geplant, die Vorträge Sonntags von 11.45—1 Uhr: „Das Drama Richard Wagners“ mit Rezitationen und Erläuterungen am Klavier vom Oberstudiensekretär Harnisch und Kapellmeister Schlegelinger noch durch gefangliche Vorträge zu vervollständigen. Künstlerkräfte vom hiesigen Stadttheater sind gewonnen worden. Es wird daher noch einmal auf diese Vorträge zur Einführung in das Verständnis der Wagneraufführungen am hiesigen Stadttheater hingewiesen. Karten für sämtliche Vorträge sind in der Geschäftsstelle, Viktoriastraße 3a, zu haben.

Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die durch Erkrankung des Dipl. Handelslehrers Will hinausgeschobenen Übungen englischer Handelskorrespondenz vom Dienstag, den 4. November, ab regelmäßig in der Auguste-Viktoriastraße, 6—7 Uhr abends, stattfinden. Anmeldungen werden noch in der Geschäftsstelle entgegengenommen.

W. Taubert
Bielefeld, Altkirchstr. 4.
Stahlwaren-
Spezialgeschäft
Schleiferei und Reparaturwerkstatt

Die Uhr der Zukunft
ist die Leuchtuhr, weil sie auch nachts die Zeit bequem erkennen lässt. Jede Uhr kann nachträglich in meiner Werkstatt mit Leuchtausstattung versehen werden.
Fritz Böckelmann Ww.
Am Markt 5. Bielefeld. Telefon 711.

Uhren u. Goldwaren
Trauringe in reizender Verpackung empfiehlt in größter Auswahl bei streng reeller sachmännlicher Bedienung zu äußerst billigen Preisen mit langjähriger Garantie
Wilh. Aremeyer, Herford, Radewigerstraße 18, Uhrmacher und Goldschmied.
Reparaturen in eig. Werkstatt. Solide Ausführung. Mäßige Preise

Wer in kirchlichen Fragen gut unterrichtet sein will, der muß die
„Reformierte Kirchenzeitung“
lesen. — Probe-Nummern versendet der Reformierte Schriftverein, Elberfeld, Morianstraße.

Wir suchen verkäufliche Häuser
beinhalt. Unterbrechung an vor-gewiesener Häuser Angebotenden
Beitrag Verkaufs-Warft
Köln, Hordstraße 64.

Verloren
1 Portemonnaie
auf dem Wege von Baderei bis Zaronwa. Inhalt 28,5 M in Reichsgeld. Bitte abzugeben i. Tel. 240 am.

Für die Turnabteilung eines Mächtigkeitsvereins wird ein ge-bräuchliches
Pferd oder Bock
dringend benötigt. Wer hat das eine oder andere Gerät abzugeben, oder weiß solche? Geil. Angeb. mit Preisangabe erbitte
Rud. Boese,
Wend. bei Herford i. Westf.

Ich kaufe
nur Mittwoch, den 5. November, von 2 bis 6 Uhr,

Alle Gebisse
per Zahn 2 bis 20 Mark, auch ganz alte und zerbrochene Teile ersetzt. Pat. n. Goldgebisse zu besonders hohen Preisen!
Hotel zur Post Zimmer 6
Joh. Foblan.

Brennholz
komplettes Brennholz, 1—24 m ab-ge-22 cm lang zur Lieferung an Ab-nehmer gegen Kasse geliefert. An-kauf gesucht.
Holzhandl. Wilmshagen, Göttingen
Tel. 71 106

Zur Erwerbsgründung
5000 chemisch-technische Rezepte Nr. 10—, 1000 chemisch-technische Rezepte Nr. 6—, zu-sammen Nr. 15—, Belde Werk-zeuge von Chemikern 1. Ranges Gege-n-Nachnahme. L. Schwarz & Co. Verlagsbuchhandlung, Berlin F A 14, Unterstr. 24

Stellen-Angebote
haben im „Anwärter“ sehr st.
Erle.

Jeder Christ muß lesen:
Das Jenseits,
der Zustand der Verstorbenen bis zur Auferstehung.
Eine glaubwürdige Erleuchtungswissenschaft, kein Phantasieprodukt! Nr. 275 franko-Einsendung oder Nr. 8.— Nachnahme.
Blankenburger-Verlagsbuchhandlung
Paul Enigk, Prenzlau 1.

Der Deutsche Guttempler-Orden (1067)
verbindet alle Stände auf dem Boden christlicher Bruderkiebe, um unser Volk aufwärts zu führen. Er bekämpft den schädlichen Einfluß geistiger Getränke und beteiligt sich an allen Bestrebungen zur Hebung unseres Volks. Jede gewünschte Auskunft erteilt:
Missionar J. Ostermeyer, Bethel bei Bielefeld.

Der Eisenacher Bund
für kirchliche Evangelisation, Pflege christlicher Gemeinschaft und evangelischen Lebens
ruft alle, die mit Ernst Christen sein wollen, zur Mitarbeit auf. Wünsche um weitere Auskunft und Anmeldungen sind zu richten an **Pastor D. Jaeger** in Bethel b. Bielefeld.

Die Evangelisch-soziale Schule
in Bethel b. Bielefeld
bildet Sekretäre für die christlichen Gewerkschaften aus. Sie übermitteln auch Anträge auf Anstellung in der Gewerkschaftsarbeit. Der Bedarf an Sekretären wächst täglich. Anmeldungen geeigneter Persönlichkeiten sind deshalb willkommen. Geeignet sind nur solche, welche wirklich Arbeiter gewesen sind und dann sich ausgebildet haben, sei es als Diakon, Gemeindeglieder, Jugendpfleger, Missionskatecheten oder was es sei.
Der Leiter der Evangelisch-sozialen Schule
D. Jaeger.

Der Christlich-nationale Verein e. V. St. Bielefeld
bewacht die Förderung der Volkshochschule und des christlichen Nationalismus. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesen Gebieten all-ort. emanierenden Erleuchtungen sein, um dieselben an geeigneten Stellen zu veröffentlichen und zu fördern.
Nähere Auskunft erteilt **Emil Hartwig**, Sekretär an der Christlich-nationalen Schule in Bethel bei Bielefeld.